

VEREINBARUNG ÜBER DIE INTERNATIONALE KOMMISSION
ZUM SCHUTZ DER ELBE

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (Vertragsparteien),

in der Sorge um die Reinhaltung der Elbe,

in dem Bestreben, ihre weitere Verunreinigung zu verhindern und ihren derzeitigen Zustand zu verbessern,

im Hinblick auf die Notwendigkeit, die Belastung der Nordsee durch die Elbe nachhaltig zu verringern,

in der Überzeugung von der Dringlichkeit dieser Aufgaben, und

in der Absicht, die auf diesem Gebiete bereits bestehende Zusammenarbeit der Vertragsparteien zu verstärken,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

1. Die Vertragsparteien arbeiten auf dem Gebiet des Gewässerschutzes für die Elbe und ihr Einzugsgebiet in der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe, nachfolgend Kommission genannt, zusammen.
2. Sie werden hierbei insbesondere anstreben,
 - a) Nutzungen, vor allem die Gewinnung von Trinkwasser aus Uferfiltrat und die landwirtschaftliche Verwendung des Wassers und der Sedimente, zu ermöglichen,
 - b) ein möglichst naturnahes Ökosystem mit einer gesunden Artenvielfalt zu erreichen,
 - c) die Belastung der Nordsee aus dem Elbegebiet nachhaltig zu verringern.
3. Um diese Ziele schrittweise zu erreichen, werden die Vertragsparteien im Rahmen der Kommission Arbeitsprogramme mit Zeitplänen für jeweils vorrangige Aufgaben beschließen. Diese Programme sehen unter anderem auch Vorschläge für Maßnahmen zur Verringerung von Emissionen nach dem Stand der Technik und zur Reduzierung von Belastungen aus diffusen Quellen vor.
4. Die Vereinbarung regelt nicht Fragen der Fischereiwirtschaft und der Schifffahrt; die Behandlung von Fragen des Schutzes der Gewässer vor Verunreinigungen aus diesen Tätigkeiten wird dadurch jedoch nicht ausgeschlossen.

Artikel 2

1. Die Kommission soll insbesondere

- a) Übersichten über wesentliche punktförmige Schadstoffeinträge erstellen (Einleiterkataster), die Gewässerbelastung aus diffusen Quellen abschätzen und beides fortschreiben,
- b) Grenzwerte für die Einleitung von Abwässern vorschlagen,
- c) konkrete Qualitätsziele unter Berücksichtigung der Ansprüche an die Gewässernutzung, der besonderen Bedingungen zum Schutz der Nordsee und der natürlichen aquatischen Lebensgemeinschaften vorschlagen,
- d) gemeinsame Meß- und Untersuchungsprogramme zur Darstellung der Qualität der Gewässer und der Sedimente und des Abflusses sowie der aquatischen und litoralen Lebensgemeinschaften vorschlagen, ihre Durchführung koordinieren und die Ergebnisse dokumentieren und bewerten,
- e) einheitliche Methoden zur Klassifizierung der Wasserbeschaffenheit der Elbe erarbeiten,
- f) konkrete Aktionsprogramme zur Reduzierung der Schadstofffrachten sowohl aus kommunalen und industriellen Punktquellen als auch aus diffusen Quellen und weitere Maßnahmen einschließlich Zeitplanung und Kostenschätzung vorschlagen,
- g) Vorsorgemaßnahmen zur Vermeidung unfallbedingter Gewässerbelastungen vorschlagen,
- h) ein einheitliches Alarm- und Warnverfahren für das Einzugsgebiet vorschlagen und auf der Grundlage der Erfahrungen aktualisieren,

- i) die hydrologischen Verhältnisse im Elbegebiet darstellen und die hierfür maßgeblichen Einflüsse dokumentieren (Elbemonographie),
 - j) die gewässerökologische Bedeutung der unterschiedlichen Biotop-elemente dokumentieren sowie Vorschläge zur Verbesserung der Bedingungen für aquatische und litorale Lebensgemeinschaften erarbeiten,
 - k) über geplante und auf Ersuchen einer Delegation auch über bestehende Arten der Gewässernutzung beraten, die wesentliche grenzüberschreitende Auswirkungen nach sich ziehen könnten, einschließlich Wasserbauten und Gewässerregulierung,
 - l) die Zusammenarbeit vor allem bei wissenschaftlichen Forschungsvorhaben und im Bereich des Informationsaustausches, insbesondere über den Stand der Technik fördern,
 - m) die Grundlagen für etwaige Regelungen zwischen den Vertragsparteien über den Schutz der Elbe und ihres Einzugsgebietes vorbereiten.
2. Die Kommission ist außerdem zuständig für alle anderen Angelegenheiten, die die Vertragsparteien ihr im gemeinsamen Einvernehmen übertragen.

Artikel 3

Diese Vereinbarung gilt für die Gebiete, in denen der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angewendet wird, und nach Maßgabe jenes Vertrages einerseits sowie für das Gebiet der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik andererseits.

Artikel 4

Die Vertragsparteien unterrichten die Kommission über die Grundlagen, die zur Erfüllung der Aufgaben der Kommission erforderlich sind, sowie über die getroffenen Maßnahmen und die dafür insgesamt aufgewendeten Mittel. Die Kommission kann dazu den Vertragsparteien Vorschläge zur Verbesserung unterbreiten.

Artikel 5

1. Die Kommission setzt sich aus Delegationen der Vertragsparteien zusammen. Jede Vertragspartei ernennt höchstens fünf Delegierte sowie stellvertretende Delegierte, darunter einen Delegationsleiter und seinen Stellvertreter.
2. Jede Delegation kann für die Behandlung bestimmter Fragen von ihr zu benennende Sachverständige hinzuziehen.

Artikel 6

1. Der Vorsitz der Kommission wird abwechselnd durch die Delegationen der Vertragsparteien wahrgenommen. Die Einzelheiten der Wahrnehmung des Vorsitzes werden von der Kommission bestimmt und in ihre Geschäftsordnung aufgenommen; die Delegation, welche den Vorsitz wahrnimmt, benennt eines ihrer Mitglieder als Präsidenten der Kommission. Diese Delegation kann für die Dauer der Wahrnehmung des Vorsitzes einen weiteren Delegierten ernennen.
2. Der Präsident soll in der Regel in den Sitzungen der Kommission nicht für seine Delegation sprechen.

Artikel 7

1. Die Kommission tritt mindestens einmal jährlich auf Einladung durch den Präsidenten an einem von ihm festzulegenden Ort zu einer ordentlichen Tagung zusammen.
2. Außerordentliche Tagungen sind durch den Präsidenten auf Verlangen einer Delegation einzuberufen.
3. Zwischen den Tagungen der Kommission können Beratungen der Delegationsleiter stattfinden.
4. Der Präsident schlägt die Tagesordnung vor. Jede Delegation hat das Recht, diejenigen Punkte auf die Tagesordnung setzen zu lassen, die sie behandelt zu sehen wünscht. Die Reihenfolge wird durch Mehrheitsbeschluß der Kommission festgesetzt.

Artikel 8

1. Jede Delegation hat eine Stimme.
2. Bei den Verhandlungen und Entscheidungen im Rahmen dieses Übereinkommens sowie bei seiner Durchführung handeln die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Bundesrepublik Deutschland im Bereich ihrer jeweiligen Zuständigkeit. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft übt ihr Stimmrecht in Fällen, in denen die Bundesrepublik Deutschland zuständig ist, nicht aus; das gleiche gilt im umgekehrten Fall.
3. Die Entscheidungen und Vorschläge der Kommission werden, soweit in dieser Vereinbarung nicht anders bestimmt ist, einstimmig gefaßt; unter den von der Geschäftsordnung festzulegenden Bedingungen kann ein schriftliches Verfahren stattfinden.

4. Stimmenthaltung steht der Einstimmigkeit nicht entgegen, wenn alle Delegationen anwesend sind.

Artikel 9

1. Die Kommission setzt für die Durchführung bestimmter Aufgaben Arbeitsgruppen ein.
2. Die Arbeitsgruppen setzen sich aus den von jeder Delegation bezeichneten Delegierten oder Sachverständigen zusammen.
3. Die Kommission bestimmt die Aufgaben sowie die Mitgliederzahl jeder Arbeitsgruppe und ernennt ihre Vorsitzenden.

Artikel 10

Zur Vorbereitung, Durchführung und Unterstützung ihrer Arbeit richtet die Kommission ein Sekretariat ein. Sitz des Sekretariats ist Magdeburg. Näheres regelt die Geschäftsordnung.

Artikel 11

Die Kommission kann sich der Dienste besonders geeigneter Persönlichkeiten oder Einrichtungen zur Prüfung von Sonderfragen bedienen.

Artikel 12

Die Kommission beschließt über die Zusammenarbeit mit anderen internationalen und nationalen Organisationen, die für den Gewässerschutz in Frage kommen.

Artikel 13

Die Kommission erstattet den Vertragsparteien mindestens alle zwei Jahre einen Tätigkeitsbericht sowie nach Bedarf weitere Berichte, in die insbesondere auch die Ergebnisse der Untersuchungen und deren Bewertungen aufzunehmen sind.

Artikel 14

1. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihrer Vertretung in der Kommission und in den Arbeitsgruppen sowie die Kosten der laufenden Untersuchungen, die auf ihrem Gebiete vorgenommen werden.
2. Die übrigen Kosten der Arbeiten der Kommission einschließlich der Kosten des Sekretariats werden in folgendem Verhältnis zwischen den Vertragsparteien aufgeteilt:

Bundesrepublik Deutschland	65	%
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	2,5	%
Tschechische und Slowakische Föderative Republik	32,5	%
	Insgesamt	100 %

Die Kommission kann in bestimmten Fällen auch eine andere Aufteilung festlegen.

Artikel 15

Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung.

Artikel 16

1. Bestehende Übereinkommen und Verträge bleiben unberührt.
2. Die Kommission wird untersuchen, inwieweit es zweckmäßig ist, Übereinkommen und Verträge im Sinne des Absatzes 1 wegen ihres Inhalts oder aus anderen Gründen zu ändern, zu ergänzen oder aufzuheben; sie erarbeitet Empfehlungen für deren Umgestaltung oder Aufhebung sowie für den Abschluß neuer Übereinkommen oder Verträge.

Artikel 17

Arbeitssprachen der Kommission sind Deutsch und Tschechisch.

Artikel 18

Die Vereinbarung tritt an dem Tag in Kraft, an dem alle Unterzeichner der Regierung der Bundesrepublik Deutschland als Verwahrer mitgeteilt haben, daß die nach eigenem Recht jeweils erforderlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Die Vereinbarung wird für einen unbefristeten Zeitraum abgeschlossen. Sie kann mit einer Frist von fünf Jahren gekündigt werden. Die Kündigungserklärung ist gegenüber dem Verwahrer schriftlich abzugeben; dieser teilt sie den übrigen Vertragsparteien mit. Die Kündigungserklärung wird mit dem Tag wirksam, an dem sie beim Verwahrer eingeht.

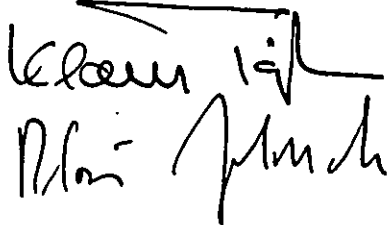
Artikel 19

Diese Vereinbarung, die in einer Urschrift in deutscher und tschechischer Sprache abgefaßt ist, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird im Archiv der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt; diese übermittelt jeder Vertragspartei eine beglaubigte Abschrift.


Geschehen zu Magdeburg

am 08. Oktober 1990

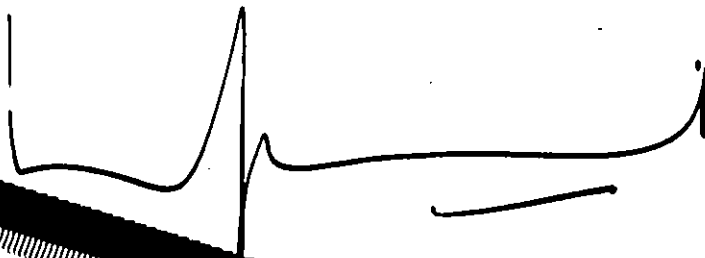
Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland


Klaus Kinkel

Für die Regierung der Tschechischen und Slowakischen
Föderativen Republik


Petr Pithul

Für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft



D o h o d a

o Mezinárodní komisi pro ochranu Labe

Vlády Spolkové republiky Německo, České a Slovenské Federativní Republiky a Evropské hospodářské společenství (dále jen "smluvní strany"),

vedeny obavou o zachování čistoty Labe,

ve snaze zabránit dalšímu znečišťování a zlepšit jeho současný stav, s ohledem na nutnost stále snižovat zatížení Severního moře způsobované Labem,

v přesvědčení o naléhavosti těchto úkolů a

se záměrem posílit spolupráci smluvních stran, která v této oblasti již existuje,

dohodly se, jak uvedeno níže:

Článek 1

1. Smluvní strany spolupracují v oblasti ochrany vod Labe a jeho povodí v Mezinárodní komisi pro ochranu Labe, dále jen "Komise".
2. Přitom budou usilovat zejména o to:
 - a) umožnit užívání vody, především umožnit získávání pitné vody z břehové infiltrace a zemědělské využívání vody a sedimentů,
 - b) dosáhnout ekosystému, který bude co možná nejbližší přírodnímu stavu se zdravou četností druhů,
 - c) trvale snižovat zatížení Severního moře z povodí Labe.

3. K postupnému dosažení cílů se smluvní strany usnesou v rámci Komise na pracovních programech s časovými plány pro úkoly, které jsou právě přednostní. Tyto programy předpokládají mezi jiným též návrhy na opatření ke snížení emisí podle stavu techniky a ke snížení zatížení z rozptýlených zdrojů.
4. Dohoda neřeší otázky rybného hospodářství a lodní dopravy; jednání o otázkách ochrany vod před znečištěním z těchto činností se však tímto nevylučuje.

Článek 2

1. Komise má zejména
 - a) zpracovat přehledy o podstatných bodových zdrojích znečištění (seznam znečišťovatelů), dále odhady o zatížení vod z rozptýlených zdrojů a v obou těchto aktivitách pokračovat,
 - b) navrhopat limitní hodnoty pro vypouštění odpadních vod,
 - c) navrhopat konkrétní kvalitativní cíle s přihlédnutím k nárokům uživatelů vody, ke zvláštním podmínkám ochrany Severního moře a přirozených živých vodních společenství,
 - d) navrhopat společné programy měření a výzkumu ke znázornění kvality vod, sedimentů a odtoku, jakož i živých vodních a litorálních společenství, jejich provádění koordinovat a výsledky dokumentačně podchycovat a vyhodnocovat,
 - e) zpracovat jednotné metodiky pro klasifikování kvality vody v Labi,
 - f) navrhopat konkrétní akční programy pro snížení množství unášených škodlivých látek, a to jak z komunálních a průmyslových bodových zdrojů, tak i z rozptýlených zdrojů, jakož i další opatření včetně časových plánů a odhadu nákladů,
 - g) navrhopat preventivní opatření k zamezení zatížení toků z havárií,
 - h) navrhopat jednotný poplachový a varovný systém pro povodí a tento aktualizovat na základě zkušeností,

- i) znázorňovat hydrologické poměry v oblasti Labe a zdokumentovat vlivy pro tyto poměry směrodatné (monografie Labe),
 - j) zdokumentovat význam různých biotopických prvků pro ekologii vod a zpracovávat návrhy na zlepšení podmínek pro živá vodní a litorální společenství,
 - k) radit se o plánovaných, nebo, na podkladě žádosti jedné delegace, i o stávajících způsobech užití vod, které by mohly mít podstatný vliv na vodohospodářské poměry i za státními hranicemi, včetně vodních staveb a úprav vodních toků,
 - l) podporovat spolupráci především u vědeckovýzkumných úkolů a v oblasti výměny informací, zejména o stavu techniky,
 - m) připravovat podklady pro eventuální dohody mezi smluvními stranami na ochranu Labe a jeho povodí.
2. Komise je kromě toho příslušná pro všechny ostatní záležitosti, které na ni smluvní strany po vzájemné dohodě přenesou.

Článek 3

Tato dohoda platí pro území, ve kterých je uplatňována Smlouva o založení Evropského hospodářského společenství a podle této smlouvy na jedné straně, jakož i pro území České a Slovenské Federativní Republiky na straně druhé.

Článek 4

Smluvní strany budou informovat Komisi o podkladech, které jsou nutné pro splnění úkolů Komise, jakož i o učiněných opatřeních a o prostředcích na tyto účely celkově vynaložených. Komise může k tomuto předkládat smluvním stranám návrhy na zlepšení.

Článek 5

1. Komise se skládá z delegací smluvních stran. Každá smluvní strana jmenuje nejvýše pět delegátů, zástupce delegátů, z toho vedoucího delegace a zástupce vedoucího delegace.
2. Každá delegace může pro projednávání určitých otázek přizvat odborníky podle vlastního uvážení.

Článek 6

1. Předsednictvím Komise se pověřují střídavě delegace smluvních stran. Podrobnosti pověření předsednictvím určuje Komise a zahrne je do svého jednacího řádu; delegace, která je pověřena předsednictvím, jmenuje jednoho ze svých členů do funkce prezidenta Komise. Tato delegace může po dobu pověření předsednictvem jmenovat jednoho dalšího delegáta.
2. Prezident nemá zpravidla na zasedáních Komise hovořit za svoji delegaci.

Článek 7

1. Komise se schází na řádném zasedání nejméně jednou za rok, a to na pozvání prezidenta na místě, které určil.
2. Na základě požadavku jedné delegace svolá prezident mimořádná zasedání.
3. Mezi zasedáními Komise se mohou uskutečnit porady vedoucích delegací.
4. Prezident navrhuje program jednání. Každá delegace má právo navrhnout na program jednání ty body, které by chtěla projednat. Pořadí se stanoví usnesením Komise podle většiny hlasů.

Článek 8

1. Každá delegace má jeden hlas.
2. Při jednáních a rozhodnutích v rámci této dohody, jakož i při jejím provádění jednají Evropské hospodářské společenství a Spolková republika Německo, každý v oblasti své příslušnosti. Evropské hospodářské společenství neuplatňuje své hlasovací právo v případech, v nichž je příslušná Spolková republika Německo, totéž platí i obráceně.
3. Rozhodnutí a návrhy Komise, pokud v této dohodě není stanoveno jinak, se přijímají jednomyslně; za podmínky, které budou stanoveny v jednacím řádu, se může uskutečnit písemné řízení.
4. Zdržení se hlasování není v rozporu s jednomyslností, pokud jsou přítomny všechny delegace.

Článek 9

1. Pro provádění určitých úkolů ustaví Komise pracovní skupiny.
2. Pracovní skupiny se skládají z delegátů nebo odborníků určených každou delegací.
3. Komise určuje úkoly, jakož i počet členů každé pracovní skupiny a jmenuje jejich předsedy.

Článek 10

K přípravě, provádění a podpoře své práce zřídí Komise sekretariát. Sídlo sekretariátu je v Magdeburgu. Podrobnosti stanoví jednací řád.

Článek 11

Komise může využít služeb mimořádně vhodných osobností nebo zařízení k přezkoumání zvláštních otázek.

Článek 12

Komise se usnese o spolupráci s jinými mezinárodními a národními organizacemi, které připadají v úvahu pro ochranu vod.

Článek 13

Komise předloží smluvním stranám minimálně každé dva roky zprávu o činnosti a podle potřeby další zprávy, ve kterých je třeba uvést též výsledky šetření a jejich zhodnocení.

Článek 14

1. Každá ze smluvních stran nese náklady na své zastoupení v Komisi a v pracovních skupinách, jakož i náklady na probíhající šetření, prováděné na jejím území.

2. Ostatní náklady činnosti Komise, včetně nákladů na činnost Sekretariátu, budou rozděleny v následujícím poměru mezi smluvní strany:

Spolková republika Německo	65,0 %
Česká a Slovenská Federativní Republika	32,5 %
Evropské hospodářské společenství	2,5 %
Celkem	100,0 %

Komise může stanovit v určitých případech také jiné rozdělení.

Článek 15

Komise si stanoví jednací řád.

Článek 16

1. Stávající dohody a smlouvy zůstávají nedotčeny.
2. Komise přezkouší do jaké míry je účelné dohody a smlouvy ve smyslu odstavce 1, pro jejich obsah nebo z jiných důvodů, měnit, doplnit či zrušit; zpracuje doporučení pro jejich přepracování nebo zrušení, jakož i pro uzavření nových dohod či smluv.

Článek 17

Pracovními jazyky Komise jsou čeština a němčina.

Článek 18

Dohoda vstoupí v platnost v den, kdy všichni signatáři sdělili vládě Spolkové republiky Německo jako deponitáři, že podle jejich vlastního práva byly splněny potřebné předpoklady pro uvedení v platnost.

Tato dohoda se uzavírá na neomezenou dobu. Lze ji vypovědět ve výpovědní lhůtě pěti let. Prohlášení o výpovědi je třeba předat deponitáři písemně; tento s prohlášením seznámí ostatní smluvní strany. Prohlášení o vypovězení nebude účinnosti dnem, kdy došlo deponitáři.

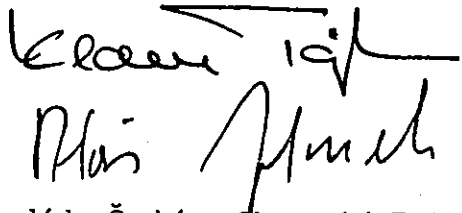
Článek 19

Tato dohoda, která je v jednom prvopise sepsána v jazyce německém a českém, přičemž každé znění je stejným způsobem závazné, je deponována v archivu Spolkové republiky Německo, ta předá každé smluvní straně jeden ověřený opis.

Dáno v ..Magdeburgu...

dne .08..října... 1990

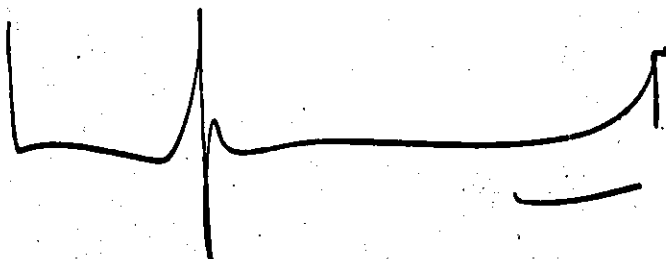
Za vládu Spolkové republiky Německo

Two handwritten signatures in black ink. The first signature is 'Klaus' and the second is 'Kohl', both written in a cursive style.

Za vládu České a Slovenské Federativní Republiky

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Mikuláš', written in a cursive style.

Za Evropské hospodářské společenství

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'L. P. S.', written in a cursive style.